



Konferenzbericht

Familienpolitik im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und europäischer Verantwortung

Podiumsdiskussion der Hanns-Seidel-Stiftung
am 5. Mai 2008 in der Vertretung des Freistaates Bayern bei
der EU, Brüssel

Datei eingestellt am 9. Mai 2008 unter
www.hss.de/downloads/0505_TB_Familienpolitik.pdf

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs
dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Konferenzbericht

Familienpolitik im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und europäischer Verantwortung

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 05. Mai 2008
in der Landesvertretung des Freistaates Bayern in Brüssel

Die EU verfügt über keine verbindlichen Vertragsgrundlagen zur Familienpolitik. Jedoch haben bestehende Kompetenzen der Union in den verschiedensten sozialen Bereichen bereits jetzt Auswirkungen auf die Familie. Der tief greifende demographische und soziale Wandel in Europa wirkt sich zunächst und ganz besonders auf die Familie aus. In Zeiten des allgemein beklagten Werteverfalls stellt Familie einen Wert an sich dar, den es zu schützen gilt und der als solcher auch als Grundlage und Zielvorgabe europäischer Politik anerkannt werden muss. Im Rahmen einer Diskussionsrunde der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel am 5. Mai 2008 in der Landesvertretung des Freistaates Bayern, sollte erörtert werden, welche Maßnahmen die EU zur Gewährleistung von familienfreundlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ergreifen und wie in Ergänzung zur nationalen Familienpolitik auch europaweit eine vertragliche Grundlage formuliert werden kann.

Moderiert durch **Irmtraud Richardson**, Bayerischer Rundfunk - Studio Brüssel, diskutierten zu diesem Thema **Dr. Vladimír Špidla**, Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und **Johannes Singhammer, MdB**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

In Ihrer Eröffnungsansprache betonte Frau **Staatssekretärin Melanie Huml**, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, in Anbetracht des Titels der Veranstaltung, dass überall dort, wo es Spannungen gebe, auch Übereinstimmungen bestünden. In einer Vielzahl ihrer Ziele stimmt die Kommission mit denen Bayerns überein. Dazu zählten unter anderem die Verbesserung der Kinderbetreuung, eine stärkere Einbeziehung der Männer, ein intensiverer europaweiter Austausch sowie eine innovativere und flexiblere Gestaltung der Arbeit. In anderen Bereichen hingegen herrschten aus ihrer Sicht noch Spannungen zwischen europäischem und nationalem Ansatz. So garantiert der Gedanke einer Mindestharmonisierung eben nur ein Minimum und nicht den höchsten Standard. Im Rahmen der Bemühungen um den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sollte auch beachtet werden, dass nicht nur ein Familienbild vorgegeben wird, sondern auch Familien nach traditionellem Muster, bei denen die Frau zu Hause bleibt, anerkannt werden. Melanie Huml unterstrich in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Selbstentscheidung und die Wahlfreiheit. Von der Union erlassene Richtlinien müssten ausreichend Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten gewähren, um den gemeinschaftspolitischen Rahmen nach den einzelstaatlichen Gegebenheiten zu füllen und die Familienpolitik zu gestalten.

Die Moderatorin Irmtraud Richardson griff einleitend in die Diskussion den von Dr. Vladimír Špidla geprägten Begriff der „demographischen Zeitbombe innerhalb der EU“ auf und wandte sich mit der Bitte um Klärung an Dr. Vladimír Špidla. Gemeint sei damit die Tatsache, dass bis zum Jahr 2050 die Zahl der Europäer um 50 Mio. sinke. Diese Veränderung der sozialen Situation mache ein Handeln seitens der Union unerlässlich. Im Rahmen einer europäischen Familienpolitik habe die Union drei mögliche Handlungsansätze: die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gleichstellung und Steigerung der Beschäftigungsrate bei Frauen sowie die Verbesserung der juristischen Struktur.

Johannes Singhammer machte in diesem Zusammenhang auf die Beziehung zwischen einer europäischen Bevölkerungspolitik und der Bewältigung des demographischen Wandels aufmerksam. In Deutschland beispielsweise konnte durch die Einführung des Elterngelds eine Trendwende erreicht werden, die sich in einem leichten Anstieg der Geburtenrate im letzten Jahr widerspiegelt. Außerdem könnte es im Rahmen einer europäischen Familienpolitik zu einem so genannten Vergleichswettbewerb kommen. Das hieße, dass ein zwischenstaatlicher Vergleich gezogen würde: wie sieht die Kindererziehung und Familienpolitik in den einzelnen europäischen Mitgliedstaaten aus und wie könnte diese im eigenen Land verbessert werden. Dabei ging es um die Frage des „Best Practice“. Bislang orientiere sich Deutschland stark am französischen Modell. Dr. Vladimír Špidla wies hierbei außerdem auf die Vorreiterrolle Skandinaviens hin. Dort sei vor allem das Verhältnis zwischen Beruf und Familie aber auch die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau weitestgehend gelockert. In diesem Bereich sei, laut Singhammer, natürlich jeder selbst gefragt, aber auch Unternehmen und Behörden müssten mitmachen, sich der veränderten Situation anpassen und entsprechende Möglichkeiten schaffen.

Auf die Frage, ob Zuwanderung das demographische Problem in Europa lösen könne, antwortete Singhammer, dass Zuwanderung leider auch häufig Zuwanderung für die bereits überlasteten sozialen Systeme bedeute. Spitzenkräfte seien von allen gewollt aber leider begrenzt. Folglich sei alleine durch Zuwanderung in Deutschland das demographische Defizit nicht zu beheben. Kommissar Špidla unterstrich in diesem Zusammenhang, dass im marktwirtschaftlichen Sinne jegliche Art von Humankapital einen Zugewinn darstelle, für ihn aber sichergestellt werden muss, dass sich diese Menschen nicht nur in den Arbeitsmarkt sondern auch in die Gesellschaft integrierten.

In Hinblick auf die Betreuungsmöglichkeiten sei Verbesserung in Deutschland selbstverständlich möglich. Dr. Vladimír Špidla wies daraufhin, dass in Deutschland allgemein gültige Systeme angewandt würden und diesbezüglich bereits Fortschritte zu verzeichnen seien. Johannes Singhammer wies dabei explizit auf die bislang vorgenommene Erhöhung des Kindergeldes sowie eine weitere Förderung von Mehrkindfamilien hin.

Außerdem wurde die Anerkennung der Leistung von Erziehung und der Vermittlung von Werten durch die Familie angesprochen. Herr Singhammer machte deutlich, dass die Kosten für staatliche „Reparaturmaßnahmen“ bei fehlender Erziehungsleistung durch Eltern oder staatliche Betreuungseinrichtungen sehr hoch seien. Werte müssten in der Familie vermittelt werden, diese für Gesellschaft und sozialen Zusammenhalt grundlegende Leistung sei jedoch zu wenig anerkannt. Die Rolle von Eltern gehe klar über das einfache Betreuen hinaus und beinhalte auch Bilden und Erziehen. Er betonte in diesem Zusammenhang den Wert der Institution Familie. Auch Kommissar Špidla unterstrich, dass er viel von seinen Eltern und Großeltern gelernt habe

Die Anerkennung von Familienleistungen war ein weiterer Punkt, den Singhammer ansprach. Kinder sollten grundsätzlich als Bereicherung und nicht als Kostenfaktor oder Karrierehemmnis angesehen werden. An diesem Punkt müsse in Deutschland noch ein Umdenken in den Köpfen einsetzen.

Außerdem wand man sich in der Diskussion der Frage zu, inwieweit eine europäische Familienpolitik weitere Verbesserung bringen würde. Dr. Vladimír Špidla wies in erster Linie auf das Subsidiaritätsprinzip hin, was in diesem Falle prinzipiell gelte. Allerdings biete der Vertrag der Union vereinzelt Möglichkeiten, den Mitgliedstaaten Anstöße zu geben. Dazu zählte beispielsweise die Gleichstellung für den Arbeitsmarktbereich. Damit sei gewissermaßen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemeint, aber auch durch die Möglichkeit des sog. „congé filial“. Dabei ginge es vor allem darum, dass nicht nur den Eltern sondern auch den Großeltern die Möglichkeit gegeben würde, sich um die Kinder zu kümmern. Laut Singhammer sei genau dieses generationsübergreifende Modell in

Deutschland mit dem Elterngeld übernommen worden. Er betonte außerdem, dass durch eine gemeinsame europäische Familienpolitik Anstöße für die Mitgliedstaaten gegeben werden könnten. Allerdings sollte man den einzelnen Ländern den Weg zur individuellen Ausgestaltung freilassen.

In diesem Zusammenhang sprach Irmtraud Richardson die Europäische Allianz für Familien an und wandte sich mit der Frage, welche Rolle diese für eine europäische Familienpolitik spiele, an Dr. Vladimír Špidla. Diese Allianz wurde von der Kommission während der deutschen Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen und biete den europäischen Mitgliedstaaten eine Plattform zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch. Dabei handele es sich um ein typisches Beispiel, wie die europäische und die nationale Ebene innerhalb der Union zusammenarbeiten und auch ohne gemeinsame Familienpolitik einen Konsens erreichen kann. Dass im Rahmen der EU nur eine Konjunkturpolitik möglich sei, sah aber Kommissar Špidla nicht als problematisch an, da die ergriffenen Initiativen erfolgreich in den Mitgliedstaaten umgesetzt worden seien. Als Beispiel hierfür nannte er die steigende Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie den steigenden Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt, der in der Lissabon-Strategie als Ziel festgeschrieben wurde. Er unterstrich, dass eine Familienpolitik langfristig angelegt sein müsse, um erfolgreich zu sein und wenn vornehmlich positive Erfahrungen über Familie und Kinder verbreitet würden, könne dies auch dazu beitragen, den Trend zu ändern.

Für Johannes Singhammer sei die Wahlfreiheit in einer praktizierten Familienpolitik wichtig. Dabei ginge es vor allem darum, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Das heißt sowohl für eine Betreuung in einer Kinderereinrichtung als auch zuhause müssen die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden. Durch die Einführung des Betreuungsgeldes wurde diese Wahlfreiheit in Deutschland weiter gefördert.

Auf zwei Anmerkungen aus dem Publikum, bemerkte Johannes Singhammer, dass es vor allem die Aufgabe der Politik sei, die Angst vor Familie zu nehmen und vor allem junge Menschen ermuntern soll, Familie zu wagen. Zu erreichen sei dies durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur sowie das Herbeiführen eines Umdenkens zu mehr Familienfreundlichkeit.